

B E S C H L U S S
zur Landesversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte
am 02.03.2024 in Neumünster

Antragsteller: Landesvorstand

Kurztext: Rückkehr zum Dialog

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

Die Landesversammlung Schleswig-Holstein des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert das Bundesministerium für Gesundheit zu konstruktiven Gesprächen mit der Zahnärzteschaft auf. Desweiteren fordert die Landesversammlung den Gesetzgeber auf, allen an Gesetzgebungsverfahren beteiligten Organisationen eine angemessene und ausreichende Zeit zur Stellungnahme zu geben. Unter Anerkennung eklatanter Kostensteigerungen und Inflation sowie des gravierenden Fachkräftemangels dürfen den Zahnärzten dringend notwendige Honoraranpassungen nicht verwehrt werden. Die Verweigerung eines Inflationsausgleichs in Verbindung mit der strikten Budgetierung führt zu einer Demontage der qualitativ hochwertigen, flächendeckenden zahnärztlichen Patientenversorgung.

Begründung:

Die Bundesregierung betonte, zu einer Politik des gegenseitigen Respekts zurückkommen zu wollen. Dazu gehört die Anerkennung der Leistungen der Zahnärzteschaft und ihrer Mitarbeiter durch leistungsgerechte betriebswirtschaftlich stimmige Honorierung.